

Bericht des Landesvorstandes

an die

1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Der Landesvorstand wurde auf der 1. Tagung des 1. Landesparteitages der Partei DIE LINKE in einer Stärke von 18 Mitgliedern gewählt. Für die Zusammensetzung des Vorstandes lagen dem Parteitag 2007 verbindliche Vereinbarungen zwischen den damaligen Landesverbänden der PDS und der WASG vor, die eine angemessene Vertretung der WASG im neuen Landesvorstand sicherstellen sollte. Entsprechend der Satzung des Landesverbandes, § 31 beschloss der Landesvorstand einstimmig die Funktionen der Landesschatzmeisterin und des Landesgeschäftsführers hauptamtlich zu besetzen. Auf der 2. Tagung des 1. Landesparteitages wurde eine Neuwahl der Funktion des Landesgeschäftsführers notwendig. Der Landesvorstand ist in dieser Wahlperiode 35-mal zusammengetreten.

Parteibildungsprozess

Eine der zentralen Aufgaben des Landesvorstandes bestand darin, nach der formalen Gründung des Landesverbandes der neuen Partei den Prozess der inneren Parteibildung zu unterstützen und als Führungsgremium auch maßgeblich mit zu prägen. Vor allem bestand die Herausforderung, die im Vergleich zur Mitgliederzahl der PDS wenigen MitstreiterInnen der WASG gleichberechtigt im neuen Landesverband zu integrieren. Darüber hinaus galt es, die zum Teil sehr unterschiedlichen Herkünfte der Mitglieder beider Altparteien zu einem gemeinsamen politischen Profil des neuen Landesverbandes zusammenzuführen.

Rückblickend kommt der Landesvorstand zu der Einschätzung, dass der Parteibildungsprozess in Sachsen-Anhalt gelungen ist. In den politischen und organisatorischen Diskussionen der vergangenen zwei Jahre gab es in den seltensten Fällen eine spürbare Trennlinie entlang der alten Parteien. Der überwiegende Teil der Mitglieder an der Basis war sich der Herausforderung bewusst genauso wie die Gremien der unterschiedlichen Ebenen. Sie waren um eine Positionsfindung aufgrund inhaltlicher Argumente bemüht, ohne dass die Herkunft aus der jeweiligen Quellpartei eine Rolle spielte.

Die Neugründung der Partei machte eine Reihe formaler und inhaltlicher Folgebeschlüsse notwendig:

- Auf seiner Sitzung am 29. September 2007 wurde einstimmig die Anerkennung des Bildungsvereins Elbe-Saale - Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt e.V. als parteinahe Stiftung der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt beschlossen. Der Verein trägt mittlerweile den Namen Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt.
- Auf seiner Sitzung am 26. Februar 2008 entschied der Landesvorstand über den Weiterbestand der Beschlüsse der Altparteien. Dies waren das Wahlprogramm für die Landtagswahl 2006, das Kommunalpolitische Rahmenwahlprogramm sowie die Beschlüsse der PDS zum offenen Umgang mit der eigenen Geschichte (insbesondere die Offenlegung der politischen Biografie).
- Im Zuge der Neugründung wurde gegenüber dem Landesvorstand das Wirken weiterer landesweiter Zusammenschlüsse, neben den aus der PDS hervorgegangenen, angezeigt. Mittlerweile arbeiten im Landesverband 13 innerparteiliche Zusammenschlüsse.
- Am 1. Dezember 2007 nahm der Landesvorstand die Gründung des Jugendverbandes Linksjugend [solid] Sachsen-Anhalt zur Kenntnis.

Dem Jugendverband ist es nach längerer Anlaufzeit besonders im letzten Jahr gelungen, erste Strukturen aufzubauen und mit der Klausur des JugendsprecherInnenrates konzeptionelle Grundlagen zu schaffen, so dass die Basis für eine erfolgreiche Profilierung gelegt ist. Dies wird der Landesvorstand auch weiterhin fördernd begleiten.

Parallel zum Prozess der Parteibildung mussten durch die Mitglieder und Gremien die Strukturveränderungen im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform des Jahres 2007 bewältigt werden. Auch wenn dieser Prozess formal abgeschlossen ist, kommt der Landesvorstand zu der Einschätzung, dass in einigen Kreisverbänden weiterhin die Aufgabe besteht, das Zusammenwachsen der Altkreisstrukturen aktiv zu befördern.

Strukturveränderungen / Parteireform / Finanzen

Die bereits durch Beschlüsse des Landesverbandes der PDS Sachsen-Anhalt eingeleiteten Umstrukturierungsprozesse wurden durch den Landesvorstand der neuen Partei nahtlos fortgesetzt und dort, wo nötig, den neuen Gegebenheiten angepasst. Um dies kontinuierlich zu begleiten wurde am 16. Oktober 2007 der Landesarbeitsausschuss Parteireform berufen. Als Ergebnis seiner Arbeit wurde von der 2. Tagung des 1. Landesparteitages 2008 zu diesem Aufgabenfeld nochmals ein sehr umfangreicher Beschluss herbeigeführt. Aus Sicht des Landesvorstandes ist festzustellen, dass wir im Landesverband in den vergangenen Jahren erhebliche

Fortschritte erzielt haben. Vor allem der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit auf Landes- und Kreisebene konnte erheblich verbessert werden. Gleichzeitig stellt uns die nach wie vor zurückgehende Mitgliederzahl vor die Aufgabe, in dem Bemühen um die Sicherstellung der zukünftigen Handlungsfähigkeit des Landesverbandes nicht nachzulassen. Besonders beim hauptamtlichen Personal stehen die Gremien des Landesverbandes gemeinsam mit den MitarbeiterInnen vor weiteren notwendigen Anpassungen. Gerade aus diesem Grund legt der Landesvorstand auch der 1. Tagung des 2. Landesparteitages einen Folgeantrag zum Thema Strukturentwicklung zur Beschlussfassung vor.

Der Landesvorstand hat von Beginn der Legislatur an mit Nachdruck daran gearbeitet, den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Ebenen des Landesverbandes zu intensivieren und zu verstetigen. Neben den bereits existierenden Elementen (regelmäßige Kreisvorsitzendenberatung, Kreisvorsitzenden-Klausur etc.) wurden durch die im halbjährlichen Wechsel stattfindenden Kreistouren des Landesvorstandes bzw. Regionalkonferenzen weitere Möglichkeiten dieses Austausches etabliert. Wenngleich dies für die Mitglieder des Landesvorstandes mit einem nicht unerheblichen Arbeitsaufwand verbunden ist, kann nach zwei Jahren eingeschätzt werden, dass dadurch die Kommunikation innerhalb des Landesverbandes bzw. zwischen seinen Gremien spürbar verbessert werden konnte. Der Landesvorstand empfiehlt daher auch dem neu zu wählenden Vorstand eine Fortsetzung dieser Praxis.

Die Sicherstellung der Finanzierung des Landesverbandes ist nach wie vor eine zentrale Aufgabe. In den Jahren 2007 und 2008 konnten durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten wichtige Fortschritte erzielt werden. Dies ermöglichte unter anderem auch eine auskömmliche Finanzierung der Wahlkämpfe der vergangenen zwei Jahre. Gleichwohl bleibt angesichts nach wie vor zurückgehender Mitgliederzahlen die Aufgabe solider Finanzarbeit auch künftig bestehen. Der Landesvorstand bestätigte die Rechenschaftsberichte für 2007 und 2008 und beschloss die Jahresfinanzpläne für 2008 und 2009.

Wahlen

In der zurückliegenden Legislaturperiode des Landesvorstandes fanden mit der Bundestagswahl am 27. September 2009 und den Kommunal- und Europawahlen am 7. Juni 2009 zwei landesweite sowie auf gemeindlicher Ebene zahlreiche lokale Wahlkämpfe statt. Im Ergebnis dieser Wahlkämpfe konnte die Partei ihre Position gegenüber den zurückliegenden Wahlen behaupten. Allerdings wurden vor allem mit den Kommunal- und Europawahlen durchaus regionale Unterschiede deutlich. So konnten beispielsweise in den beiden Großstädten Halle und Magdeburg die starken Ergebnisse von 2004 nicht wiederholt werden. Dagegen gab es in anderen Regionen durchaus Zuwächse. Vor allem in Vorbereitung auf die Landtagswahl

2011 erscheint es notwendig, dieses differenzierte Bild sehr genau zu analysieren und die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Gemeinsam mit den Kreisverbänden wurde vom Landesvorstand zu den landesweiten Wahlterminen eine zentrale Wahlkampfführung angestrebt und im Wesentlichen auch umgesetzt. Es kann eingeschätzt werden, dass durch dieses hohe Maß an Gemeinsamkeit deutliche Synergieeffekte erzielt und ein einheitliches Erscheinungsbild realisiert wurden.

In Vorbereitung der VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Liste zur Bundestagswahl wurde nach Konsultation mit den Stadt- und Kreisvorsitzenden durch den Landesvorstand ein Personalvorschlag für die ersten fünf Listenplätze erarbeitet. Diese Entscheidung war mit zum Teil kontroversen Debatten innerhalb des Landesverbandes und zwei Schiedsverfahren gegen den Landesvorstand verbunden. Auch wenn die Landesschiedskommission die Vorgehensweise des Landesvorstandes ausdrücklich gebilligt hat, bleibt zu hoffen, dass in Zukunft inhaltliche Differenzen mit dem Landesvorstand nicht über das Mittel von Schiedsverfahren ausgetragen werden. Der Landesvorstand ist sich darüber im Klaren, dass Entscheidungen zu Personalfragen mitunter besonders kompliziert sind. Wir bleiben dennoch bei unserer Position, dass sich ein politisches Führungsgremium dieser Verantwortung stellen muss.

Vor allem in Vorbereitung der kommunalen Wahlen wurde deutlich, dass der Landesverband in Zukunft seine Anstrengungen intensivieren muss, rechtzeitig eine große Zahl geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten zu gewinnen. In einigen Kreisverbänden liegen wir mit unserer BewerberInnenzahl deutlich hinter den anderen großen Parteien zurück. Es gilt zukünftig dem Thema Personalentwicklung eine größere Priorität einzuräumen.

In den zurückliegenden Wahlkämpfen mussten wir als Landesvorstand leider mehrfach zur Kenntnis nehmen, dass innerparteiliche Konflikte öffentlich ausgetragen wurden. Es bleibt die Verantwortung aller handelnden Akteure, gerade in Zeiten der Wahlauseinandersetzung die Kräfte zu konzentrieren und interne Differenzen zurückzustellen. Mit Blick auf die Landtagswahl 2011 wird dem Landesverband ein hohes Maß an Geschlossenheit abverlangt werden.

Politisch-konzeptionelle Arbeit

Trotz des erheblichen organisatorischen und logistischen Arbeitsaufwandes im Zusammenhang mit den Wahlkämpfen und dem Parteibildungsprozess hat sich der Landesvorstand ausführlich mit inhaltlichen Fragen befasst und die landesweiten Kampagnen unterstützt.

Auch auf Landesebene ist es eine permanente Herausforderung, die aktuelle parlamentarische Arbeit gemeinsam mit den Gliederungen und Gremien der Partei zu reflektieren.

Um dies zu erreichen war die Information über Diskussionen und Entscheidungen in den Fraktionen von Landtag und Bundestag ständiger Tagesordnungspunkt der Sitzungen des Landesvorstandes. Um seiner Aufgabe als politisches Führungsgremium gerecht zu werden, maß der Vorstand diesem Austausch eine hohe Priorität bei.

Der Landesvorstand verständigte sich u.a. zu folgenden Themen:

- Arbeitsweise der Landeszentrale für politische Bildung
- Haushaltssituation in der Stadt Halle
- Aufstellung des Doppelhaushaltes 2008/2009 im Land
- Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt (Gespräch mit Miteinander e.V.)
- Zukunft des Sozialstaates (Grundeinkommen oder Grundsicherung?)
- Energiepolitisches Konzept der LINKEN
- Novellierung des Versammlungsrechts in Sachsen-Anhalt
- Zukunft der Europäischen Linken
- Kinderschutzgesetz
- Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes
- Demokratieentwicklung
- Situation im Netzwerk für Demokratie und Toleranz
- Medienpolitische Vorstellungen der LINKEN

Es kann eingeschätzt werden, dass nicht zuletzt durch die thematische Ausgestaltung der Tagungen des Landesparteitages der Landesverband noch einmal spürbar an politischem Profil gewonnen hat.

Wichtiges Element der Diskussionen im Landesvorstand war darüber hinaus die programmatische Entwicklung der Partei auf Bundesebene. Dazu gab es regelmäßige Informationen durch die Mitglieder des Parteivorstandes und der Programmkommission aus Sachsen-Anhalt. Wir haben uns dabei immer davon leiten lassen, dass eine erfolgreiche Entwicklung der Bundespartei ein Anliegen aller Landesverbände und damit auch unseres sein muss. Insofern kann schon heute der Begleitung der anstehenden innerparteilichen Debatte zum neuen Grundsatprogramm durch den Landesverband in den kommenden Monaten eine hohe Bedeutung beigemessen werden.

Der Landesvorstand hat bereits bestehende Aktivitäten der Kampagnen- und Bündnisarbeit fortgesetzt (Bündnis Mindestlohn) und neue Aktionen der Bundespartei im Land unterstützt. Das betrifft zum Beispiel die Kita- und Rentenkampagne der Partei.

Selbstverständlich spielten auch die friedenspolitischen Positionen unserer Partei eine wichtige Rolle. Der Landesvorstand unterstützte die Ostermärsche in Sachsen-Anhalt in dieser Legislaturperiode.

Fortgesetzt wurde ebenso ein erfolgreiches Projekt des Jahres 2007, das die Schulung unserer kommunalen MandatsträgerInnen und KandidatInnen im Umgang mit rechtsextremen Akteuren und Parteien zum Inhalt hatte.

Die Mitglieder des Landesvorstandes bedanken sich ausdrücklich bei allen Mitgliedern und SympathisantInnen, die mit ihrem Engagement zum Gelingen des Parteibildungsprozesses in Sachsen-Anhalt und zu unseren Erfolgen bei den jüngsten Wahlen beigetragen haben.